

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.deInternet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Innenpolitik

Torsten Geerds und Klaus Schlie: Das Modell „Große kreisangehörige Stadt“ sollte auch für Neumünster gelten

Die CDU hat einen Vorschlag des Städteverbandes Schleswig-Holstein aufgegriffen und fordert im Rahmen des interkommunalen Funktionalreformprozesses den Status „Große kreisangehörige Stadt“ als Modellversuch für Norderstedt und Elmshorn. Hierbei geht es darum, Kreisaufgaben auf die beiden größten kreisangehörigen Städte des Landes zu übertragen, um Verwaltungsaufgaben bürgernäher und kostengünstiger erfüllen zu können. Das Modell „Große kreisangehörige Stadt“ führt auch zu einer Stärkung der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung.

Nachdem nun die bisher kreisfreie Stadt Neumünster aufgrund einer gutachterlichen Untersuchung der Unternehmensberatungsgesellschaft Prognos darüber berät, ihren bisherigen Status der Kreisfreiheit aufzugeben und sich dem Kreis Segeberg anzuschließen, schlagen die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Torsten Geerds und Klaus Schlie vor, dass der von der CDU angedachte Modellversuch „Große kreisangehörige Stadt“ für Elmshorn und Norderstedt nun auch für Neumünster gelten sollte.

Torsten Geerds, der gleichzeitig CDU-Fraktionsvorsitzender in Neumünster ist und der CDU-Innenpolitiker Klaus Schlie sehen darin eine große Chance, die Ergebnisse der „Organisationsuntersuchung zur Haushaltskonsolidierung in der Stadt Neumünster“ umzusetzen und gleichzeitig einen besonderen Status der Stadt zu erhalten.

„Neumünster bliebe dadurch auch im Vergleich zu anderen kreisangehörigen Städten eine weitgehende Eigenständigkeit im Verwaltungsvollzug erhalten“, so Geerds und Schlie.

Welche Aufgaben bei der dann „Großen kreisangehörigen Stadt Neumünster“ verbleiben würden, müsste mit dem Kreis vor allem auch unter Kosteneinsparungspunkten ausgehandelt werden.

Bemerkenswert ist nach Ansicht von Klaus Schlie und Torsten Geerds, dass der Prozess, der in Neumünster abläuft, ausschließlich dem Grundsatz der Freiwilligkeit unterliegt. „Gesetzliche Zwangsregelungen von Rot-Grün würden derartige Entwicklungen nur emotional behindern“, so Klaus Schlie und Torsten Geerds abschließend.